

N I E D E R S C H R I F T

über die 30. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	11.12.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:15 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -
AM Dornseifer, Giesela - für Stv Eberlein, Klaus-Peter ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
AM Janson, Ingo - für AM Klein, Marc -
Stv Katz, Reinhilde
Stv Klöpperpieper, Rolf
AM Leonhardt, Traugott - ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
AM Otterbach, Christoph
Stv Rujanski, Detlef - ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
Stv Sintzen, Gerlinde

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Klein, Anneliese
AM Löwenberg, Horst - bis 17.45 Uhr, Ende TOP 5 ö. T. -
AM Max, Christian

III. Von den Jugendverbänden:

AM Berger, Joachim
Stv Lauble, Wilhelm
AM Westerholt, Günter

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr, Werner
Städt. VD Fischer, Horst - ab 16.05 Uhr, TOP 5 ö. T. -
AM Dr. Czell, Gernot

Stv Groß, Michael - bis 17.45 Uhr, Ende TOP 5 ö. T. -
AM Gürke, Volker
AM Holdinghausen, Rolf
Stv Nauck, Gerda - für Stv Al-Omory, Falk -
AM Schneider, Martina - ab 16.20 Uhr, während TOP 5 ö. T. -
Stv Tielsch, Ingrid Karin

V. Als Zuhörer:

AM Greven, Michael
AM Schollmeyer, Wolfgang
AM Stephany, Torsten

VI. Von der Verwaltung:

VA Juchems-Voets
VA Dr. Jung
Stadtjugendpfleger Weber
VA Heiden
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Eberlein, Klaus-Peter
AM Klein, Marc

Zur Tagesordnung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommen die Ausschussmitglieder überein, die Sitzungsgelder für die heutige Sitzung an die „Siegener Tafel“ zu spenden.

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um Punkt 9 ergänzt, dieser wird unmittelbar nach TOP 4 aufgerufen.

Die Punkte 7 und 8 des öffentlichen Teiles werden in der Beratungsfolge vertauscht.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Otterbach bestimmt.

30.JHA 11.12.2002

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 10.10.2002 und vom 12.11.2002

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

30.JHA 11.12.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

30.JHA 11.12.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

30.JHA 11.12.2002

**5. Kinder- und Jugendeinrichtung Bertramsplatz;
hier: Trägervertrag mit dem Stadtjugendring Siegen e.V.**

Vorlagenr. 2360/2002 - Vorlage vom 22.11.2002

Die Ausschussmitglieder Berger, Greven, Gürke, Lauble, Schollmeyer, Stephany und Westerholt erklären sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nehmen an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Dr. Jung zeigt auf, dass der offizielle Baubeginn der Gesamtmaßnahme am 30.11.2002 erfolgt ist.

Wichtig ist ihm der Hinweis auf die Festlegung in den Verträgen, dass bei Personalangelegenheiten grundsätzlich Einvernehmen zwischen der Stadt Siegen / Jugendamt und dem Stadtjugendring herzustellen ist.

Der Stadtjugendring hat den Verträgen nach Beratung in seinen Gremien zugestimmt.

Herr Rujanski regt an, § 5 Abs. 2 Satz 1 des Leistungsvertrages aus steuerrechtlichen Gründen wie folgt zu ergänzen: „... ist berechtigt, die vertragsbezogenen Geschäftsunterlagen des Zweckbetriebes zu prüfen.“

Weiter sollte der letzte Satz aus § 4 Abs. 6 des Leihvertrages („Soweit möglich, sind diese Kosten seitens vom Verein direkt mit den Versorgungsunternehmen abzurechnen.“) ersatzlos gestrichen werden. Dieser ist entbehrlich, weil davon auszugehen ist, dass das Gebäude mit eigenständigen Versorgungsanschlüssen (Strom, Wasser) und entsprechenden Zählern versehen wird.

Das gem. § 4 Abs. 2 Satz 3 des Leistungsvertrages allein bei der Stadt Siegen angesiedelte Recht, einen Workshop einzuberufen, müsste nach Meinung von Herrn Schmidt auch dem Träger zugestanden werden. Im nächsten Satz ist unter der Aufzählung der Beteiligten das Rechnungsprüfungsamt gesondert zu berücksichtigen.

Herrn Löwenberg fällt auf, dass in § 5 Abs. 1 des Leistungsvertrages im Vergleich zu in der Vergangenheit abgeschlossenen Verträgen bezüglich der jährlichen Kostenaufstellung *keine* Einzelbelege mehr eingefordert werden. Dies erachtet er als sinnvoll, da bürokratischer Aufwand reduziert wird. Im Sinne der Gleichbehandlung sollte bei künftigen Verträgen auf jährliche Kostenaufstellungen *anhand von Einzelbelegen* ebenfalls verzichtet werden.

Voraussetzung für alle vertraglichen Regelungen ist, dass die Vorgaben der allgemeinen Bewilligungsbedingungen erfüllt sind und nicht konterkariert werden.

Die unter Ziffer 8 der Konzeption näher beschriebene wünschenswerte „Kooperation und Vernetzung von Angeboten“ ist nach Meinung von Herrn Dr. Czell vor dem Hintergrund bildungspolitischer Ziele nicht adäquat in die Formulierungen des Leistungsvertrages eingeflossen.

Ergebnisse des Berichtsbandes zur offenen Kinder- und Jugendarbeit, der mit der Einladung zur heutigen Sitzung (TOP 6 ö. T.) versandt wurde, sollten bei der späteren Arbeit in der Kinder- und Jugendeinrichtung Bertramsplatz besondere Berücksichtigung finden. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen in dem mit „Konsequenzen“ überschriebenen Kapitel 6 ist künftig entscheidend auf ein Beratungsangebot zur Persönlichkeitsentwicklung, zu Fragen der Identitätsfindung und Rollensicherheit und zur Gestaltung von zwischenmenschlichen Beziehungen Wert zu legen.

Frau Sintzen hat grundsätzlich keine Einwände gegen die Übernahme städtischer Bediensteter in die Kinder- und Jugendeinrichtung „Bertramsplatz“. Die Eingriffsmöglichkeiten des Trägers in Personalfragen erachtet sie jedoch für zu stark beschnitten. Um einen ordnungsgemäßen Ablauf zu gewährleisten, ist unabdingbar, dem Stadtjugendring zumindest die Fachaufsicht zu übertragen. Ferner schlägt sie vor, dass dem Träger im Falle frei werdender Stellen die Möglichkeit eingeräumt wird, eine Wiederbesetzung mit eigenem Personal vorzunehmen.

Sie regt an, die Verwaltung zu beauftragen, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.01.2003 zu klären, ob eine ihren Ausführungen entsprechende Vertragsänderung möglich ist und die Vorlage dann in diesem Sinne zu ergänzen.

Herr Rujanski fordert eine klare vertragliche Aussage, wem künftig die personelle Fachaufsicht obliegen soll. Er macht darauf aufmerksam, dass andere freie Einrichtungsträger in der Stadt Siegen sämtliche mit der Personalverantwortung zusammenhängenden verwaltungs- und finanztechnischen Auswirkungen und Risiken als Anstellungsträger selbst zu übernehmen haben.

Während der dreijährigen Pilotphase sollte eine zeitparallele Beschäftigung städtischer Kräfte und Angestellter des Vereins in der Einrichtung vermieden werden, um

die Entstehung einer „2-Klassen-Mitarbeiterschaft“ zu verhindern.

Er beantragt, dass der Stadtjugendring, wie andere Vereine auch, einen 10 %-igen Eigenanteil in Form von Bargeld aus Eigen- oder aus zu akquirierenden Drittmitteln leistet. Eine Einbringung in Form von ehrenamtlicher Arbeit, wie in diesem Fall vorgesehen, kann er im Sinne einer Starthilfe höchstens für die gemäß Vertrag 3 Jahre währende Übergangszeit befürworten. Nach diesem Zeitraum sollte von dieser Regelung Abstand genommen werden, weil ehrenamtliche Arbeit bei allen, von freien Trägern betriebenen Einrichtungen in umfangreichem Maß erbracht wird und dann auch bei diesen als Eigenanteil angerechnet werden müsste.

Die im Leistungsvertrag dokumentierte enge Zusammenarbeit zwischen Stadtjugendring und Stadt Siegen bezeichnet Frau Tielsch als ausgewogene Lösung. Wenn die Änderungswünsche ihrer Vorredner merkliche Verbesserungen zugunsten des Stadtjugendringes zur Folge hätten, sollten diese umgesetzt werden, auch wenn der Verein im Vorfeld zur heutigen Debatte seine Zustimmung zum vorgelegten Vertragswerk bereits erklärt hat.

Sie spricht sich dagegen aus, zum jetzigen Zeitpunkt bereits Festlegungen zu formulieren, die den Zeitraum nach der 3-jährigen Erprobungsphase betreffen.

Die Anrechenbarkeit ehrenamtlicher Leistungen bei dem zu erbringenden 10 %-igen Eigenanteil sollte nicht in Frage gestellt werden.

Herr Schmidt kritisiert, dass sich der vorliegende Vertrag in erheblichem Maß von bereits abgeschlossenen Leistungsverträgen unterscheidet. Im Vergleich müsste der Stadtjugendring Personal eigenständig einstellen können und aus den Finanzmitteln, die ihm von der Stadt Siegen zur Verfügung gestellt werden, die vertraglich festgelegten Aufgaben bestreiten. Dass vorläufig städtische Mitarbeiter eingebunden werden, ist in diesem Einzelfall begründet. Zielrichtung und Bestandteil eines heutigen Beschlusses muss jedoch sein, dass der Stadtjugendring bei Ausscheiden städtischen Personals die Möglichkeit hat, Entscheidungen zur Neubesetzung eigenständig zu treffen, um nicht zuletzt einer hohen Mitarbeiterfluktuation entgegenzuwirken. Die entstehenden Personalkosten müssten dann von der Stadt Siegen erstattet werden. Eine bei dem Stadtjugendring anzusiedelnde personelle Fachaufsicht, auch über die städtischen Mitarbeiter, ist aus Gründen der Trägerverantwortung für die Einrichtung expressis verbis in den Vertrag aufzunehmen.

Die Barerbringung eines 10 %-igen Eigenanteiles erachtet er als problematisch, da der Stadtjugendring nicht über eigene, sondern nur über von der Stadt bereitgestellte Finanzmittel verfügt.

Die Einforderung eines 10 %-igen Eigenanteiles sollte nicht zu sehr als Dogma gesehen werden, so Herr Fischer. Die Träger sind diesbezüglich differenziert zu betrachten. Es gibt bereits mehrere Beispiele, bei denen keine andere Möglichkeit bestand, als Ausnahmen von der 10 %-Regelung zu treffen, um die Übernahme der Trägerschaft zu ermöglichen.

Herr Dr. Rohr bringt vor, dass das von der Verwaltung für die Arbeit im Jugendtreff Bertramsplatz vorgesehene Personal vorhanden ist und weiterbeschäftigt werden muss. Ein Personalüberhang als Folge einer anderslautenden Entscheidung wäre nicht finanzierbar. Er bezweifelt, dass die Mitarbeiter bereit sind, aus dem öffentli-

chen Dienst auszuscheiden, um bei einem freien Träger eine Neuanstellung zu erhalten. Für den Fall, dass der Träger ermächtigt werden sollte, Neueinstellungen selbstständig zu tätigen und somit städtisches Personal über kurz oder lang ausgetauscht wird, sind neue, möglicherweise längerwierige Verhandlungen mit dem Personalrat erforderlich.

Auch wenn die Fachaufsicht nicht eindeutig in den Verträgen geregelt ist, so ist allen an der Vertragsgestaltung Beteiligten klar, dass diese beim Träger liegen muss, so Herr Dr. Jung. Eine Aufnahme in das Vertragswerk (insbesondere in den Personalgestellungsvertrag) würde eine erneute Beteiligungspflicht des Personals bedeuten. Zu den Vertragsabschlüssen werden „letters of intent“ verfasst, in denen die Fragen Fachaufsicht und Personalhoheit (zu erzielendes Einvernehmen insbesondere bei der personellen Besetzung der Einrichtungsleitung und Nachbesetzungen) ausdrücklich aufgegriffen werden. Wünschenswert ist die Begleitung der angelaufenen Baumaßnahme durch die künftige Leitungskraft, eine diesbezügliche Entscheidung sollte daher so wenig wie möglich verzögert werden. Eine Verzögerung könnte auch einen Motivationsverlust der künftigen Mitarbeiter bedeuten. Er bittet die Ausschussmitglieder, dem Beschlussvorschlag zu folgen, um während der Probephase Erfahrungswerte zu sammeln.

Bei Gedanken zu einer völligen Übertragung der Personalhoheit ist zu bedenken, dass Personaleinsatz und -verwaltung einen nicht zu unterschätzenden Aufwand bedeuten.

In der Baubegleitung sieht Herr Schmidt kein Problem. Der Stadtjugendring kann seines Erachtens zu diesem Zweck eine Person benennen.

Herr Groß begrüßt die Anrechnungsmöglichkeit ehrenamtlicher Arbeit bei der Erbringung des 10 %-igen Eigenanteiles außerordentlich und bedauert aus Gerechtigkeitsgründen zugleich, dass nicht bei allen bisherigen Verträgen ebenso verfahren wurde. Eine diesbezügliche Änderung bestehender Verträge ist vor dem Hintergrund, dass 10 % teilweise sehr erhebliche Kosten für die Träger darstellen, anzustreben.

Da die jeweilige Philosophie eines Trägers über das Personal zum Ausdruck kommt und der Träger inhaltliche Projektverantwortung übernehmen muss, ist dem Stadtjugendring die Personalhoheit, zumindest bezüglich der Einrichtungsleitung und der Mehrheit des Personals, zuzustehen. Die Zeit bis zur Eröffnung ist absolut ausreichend, um die von der Verwaltung aufgezeigten Probleme einer Klärung zuzuführen.

Über Personalüberleitungsverträge ließen sich Fragen der Personalhoheit dahingehend verbindlich klären, so Herr Rujanski, dass diese dem Stadtjugendring nach Ablauf der Probezeit vollständig übertragen wird. Die Übergangszeit sollte seitens der derzeit städtischen Mitarbeiter und des Trägers genutzt werden, um sich über eine einzufordernde vollständige Personalüberleitung *nach* der 3-Jahres-Frist Gedanken zu machen. Diese ist im Sinne der Arbeitnehmer und des Trägers sowohl zur Planungssicherheit als auch zur Vorbereitung auf die Überleitung notwendig.

Frau Nauck bittet, die heutige Beratung vor dem Hintergrund personalrechtlicher Unklarheiten und der weiteren, zahlreich geäußerten Änderungswünsche als 1. Lesung zu verstehen.

Sie hofft auf Umsetzbarkeit der Fülle von Aufgaben, die sich der Trägerverein vorgenommen hat.

Herr Groß beantragt, einen endgültigen Beschluss auszusetzen, da hinsichtlich des anvisierten Eröffnungstermines der Einrichtung kein Zeitdruck besteht. Die Verwaltung ist zu beauftragen, Wege der Personalübertragung mit dem Ziel aufzuzeigen, dem Stadtjugendring mit Projektbeginn am 01.12. 2003 zu ermöglichen, eigenes Personal (zumindest bezüglich der Einrichtungsleitung) einzusetzen. Weiterhin ist vor einem Beschluss ein ausdrücklicher Passus zur Fachaufsicht ebenso in das Vertragswerk aufzunehmen, wie die unstrittigen, in der heutigen Sitzung geäußerten redaktionellen Änderungsvorschläge.

Beschlussvorschlag (mit Ergänzung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dem Stadtjugendring Siegen e. V. die Trägerschaft über die offene Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Bertramsplatz“ nach Fertigstellung der erforderlichen Umbauarbeiten zu übertragen und dazu die erforderlichen Verträge

- Leistungsvertrag
- Personalgestellungsvertrag
- Leihvertrag über das Gebäude

abzuschließen.

Als Erstausrüstung für den Beginn des Betriebes wird als Obergrenze die Personal- und Sachkostenausstattung der städt. Kinder- und Jugendeinrichtungen „Haus der Jugend“ (bereinigt um die damaligen Mietaufwendungen HDJ) und „Altenhof“ mit Stand vom 31. Dezember 1999 zugrunde gelegt (siehe Einsparstelle). Eine Eigenbeteiligung des Stadtjugendrings in Höhe von mindestens 10 % der Personal- und Sachkosten der Einrichtung ist vorzusehen.

Der Leistungsvertrag ist zunächst auf 3 Jahre – nach Aufnahme des Betriebs – befristet.

Der vorstehende Beschlussvorschlag wird unter folgenden 4 Vorbehalten gefasst:

Vorbehalt 1:

Die folgenden redaktionellen Anmerkungen werden in das gesamte Vertragswerk integriert:

- § 5 Abs. 2 Satz 1 des Leistungsvertrages wird wie folgt ergänzt: „... ist berechtigt, die vertragsbezogenen Geschäftsunterlagen des Zweckbetriebes zu prüfen.“.

- Der letzte Satz aus § 4 Abs. 6 des Leihvertrages wird gestrichen.
- § 4 Abs. 2 Satz 3 des Leistungsvertrages wird dahingehend erweitert, dass neben der Stadt Siegen auch dem Träger der Einrichtung das Recht zugestanden wird, einen Workshop einzuberufen.
- In der Aufzählung der Beteiligten in § 4 Abs. 2 ist additiv das Rechnungsprüfungsamt zu berücksichtigen.

Vorbehalt 2:

In das Vertragswerk ist ein Passus aufzunehmen, der eindeutig festlegt, dass künftig die personelle Fachaufsicht dem Stadtjugendring obliegen soll.

Vorbehalt 3:

Die Verwaltung hat sicherzustellen, dass bis zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Einrichtung dem Träger die Möglichkeit gegeben wird, in eigener Zuständigkeit zumindest die künftige Leitungsstelle zu besetzen.

Vorbehalt 4:

Im Vertragswerk ist zu regeln, dass für den Fall des Ausscheidens von städtischem Personal aus der Einrichtung dem Träger schon während der 3-jährigen Vertragszeit die Möglichkeit zugebilligt wird, die entsprechende/n Stelle/n neu zu besetzen. Nach Ablauf dieser Zeit ist ein kompletter Übergang der Personalhoheit auf den Träger sicherzustellen.

Sollten die vorstehenden Vorbehalte bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.01.2003 nicht in das Vertragswerk eingearbeitet werden können, so ist der Jugendhilfeausschuss erneut zu beteiligen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Rujanski):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dass der Stadtjugendring als Träger der Kinder- und Jugendeinrichtung Bertamsplatz spätestens nach Ablauf der vertragsmäßig festgelegten 3-jährigen Erprobungsphase einen 10 %-igen Eigenanteil in Form von Bargeld aus Eigen- oder aus zu akquirierenden Drittmitteln zu leisten hat. Eine Einbringung in Form von ehrenamtlicher Arbeit ist aus Gründen der Gleichbehandlung

mit anderen Einrichtungsträgern nach Ablauf dieses Zeitraumes nicht mehr möglich.

Beratungsergebnis: 3 Stimmen dafür (SPD), 6 dagegen, 3 Enthaltungen

Der Antrag ist damit abgelehnt.

30.JHA 11.12.2002

6. Bericht „Offene Kinder- und Jugendarbeit“

Vorlagenr. 2369/2002 - Vorlage vom 27.11.2002
dazu: „Berichtsband Offene Kinder- und Jugendarbeit“

Der Bedarf offener Kinder- und Jugendarbeit in Weidenau ist im Auge zu behalten, fordert Herr Rujanski. Seine Fraktion begrüßt den hohen Stellenwert, den die Sprachförderung im Angebotsspektrum einnimmt.

Frau Tielsch bringt vor, dass der Bericht einmal mehr aufzeigt, welche hohe Leistungsquantität und -qualität in städtischen Einrichtungen und denen unter freier Trägerschaft erbracht wird.

Die seinerzeit durchgeführte Sozialraumanalyse stellte fundiert den Bedarf offener Angebote in Weidenau fest. Die Stadtteilkonferenz setzt sich zwar lobenswert in der Jugendarbeit ein, doch reichen die Aktionen nicht aus, um den Bedarf letztendlich abzudecken.

Sie ersucht die Verwaltung darum, von der angedeuteten Neuauflage des Berichtes aus Kosten- und Zeitgründen Abstand zu nehmen. Das vorhandene Werk ist völlig ausreichend.

Der Bericht gibt einen guten Überblick über die Situation in den Jugendeinrichtungen, so Herr Dr. Czell.

Die Haltung der Jugendlichen würde er weniger als extrem, sondern mehr als *entschieden* bezeichnen.

Im Kapitel „Maßnahmen zur Förderung sozialer Kompetenz“ sollte gemäß üblicher Terminologie der Aspekt *Integration von Ausländern und Aussiedlern* in *Entwicklung von interkultureller Sensibilität und interkultureller Kompetenz* umbenannt werden, da nicht nur Ausländer und Aussiedler die Zielgruppe entsprechender Maßnahmen darstellen.

Auf die Optimierung der Vernetzung von Angeboten ist, auch hinsichtlich der Fördermodalitäten, besonderer Wert zu legen.

Frau Sintzen schließt sich der Meinung von Frau Tielsch an, dass eine Neuauflage des Berichtes nicht erforderlich ist.

Im Bereich der Sprachförderung ist nach Möglichkeit mehr zu tun, da dieser eine entscheidende Rolle bei den wichtigen Themen Schulausbildung und Berufswahl

spielt.

Eine weiterhin sehr starke Vernetzung mit dem Arbeitsamt wird befürwortet.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

30.JHA 11.12.2002

7. Förderung von Einrichtungs-, Bau- und Renovierungsmaßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger der Jugendhilfe

Vorlagennr. 2307/2002 - Vorlage vom 28.10.2002

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, die Förderrichtlinien in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung zu ändern.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

30.JHA 11.12.2002

**8. Förderung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Siegen
hier: Förderrichtlinien**

Vorlagennr. 2359/2002 - Vorlage vom 31.10.2002

Herr Schmidt bedauert, dass sich die Richtlinien nur auf freie Träger beziehen und nicht, wie es seines Erachtens richtiger wäre, auch auf städtische Einrichtungen. Wenn die Richtlinien dennoch beschlossen werden, so sollte deren Titel diese Tatsache ausdrücklich deutlich werden lassen.

Qualitätskriterien bei den Fördermodalitäten zu berücksichtigen, begrüßt Herr Ru-janski außerordentlich.

Frau Sintzen hat den Eindruck, dass Probleme bezüglich der Mittelvergabe, wie in der Vergangenheit entstanden, durch die präzisere Darstellung in den Richtlinien wirksam verhindert werden können.

Beschluss (mit Ergänzung):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt die „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung freier Träger im Bereich offener Kinder- und Jugendarbeit in Einrichtungen“.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (CDU), 1 Enthaltung

30.JHA 11.12.2002

9. Mitteilungen der Verwaltung

Mündliche Berichte

a) Dr.-Ernst-Schuppener Haus / K 52

Herr Dr. Rohr verweist auf den vor Sitzungsbeginn an alle anwesenden Ausschussmitglieder verteilten Dokumentationsbericht „K 52“ zum Werdegang des Gemeinschaftsprojektes der Hauptschule Achenbach, dem Stadtteilbüro Heidenberg, dem Verein „Achenbach / Heidenberg / Witschert-Aktiv“, der Stadt Siegen und den Bewohnern des Heidenbergs.

b) Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)

Herr Dr. Rohr bezieht sich auf die am 10.10.2002, TOP 5 ö. T., geforderte Aufhebung der Wiederbesetzungssperre für den Bereich des ASD. Der Bürgermeister hat nach erneuter Prüfung eine Ausnahmeregelung getroffen, in deren Konsequenz eine Besetzung zur Abdeckung freier Stundenkontingente zwischenzeitlich erfolgt ist.

30.JHA 11.12.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Dr. Raimund Jung

Datum
22.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss	11.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

**Kinder- und Jugendeinrichtung Bertramsplatz;
hier: Trägervertrag mit dem Stadtjugendring Siegen e.V.**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt dem Stadtjugendring Siegen e. V. die Trägerschaft über die offene Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Bertramsplatz“ nach Fertigstellung der erforderlichen Umbauarbeiten zu übertragen und dazu die erforderlichen Verträge

- Leistungsvertrag
- Personalgestellungsvertrag
- Leihvertrag über das Gebäude

abzuschließen.

Als Erstausrüstung für den Beginn des Betriebes wird als Obergrenze die Personal- und Sachkostenausstattung der städt. Kinder- und Jugendeinrichtungen „Haus der Jugend“ (bereinigt um die damaligen Mietaufwendungen HDJ) und „Altenhof“ mit Stand vom 31. Dezember 1999 zugrunde gelegt (siehe Einsparstelle). Eine Eigenbeteiligung des Stadtjugendrings in Höhe von mindestens 10 % der Personal- und Sachkosten der Einrichtung ist vorzusehen.

Der Leistungsvertrag ist zunächst auf 3 Jahre – nach Aufnahme des Betriebs – befristet.

Sachverhalt / Begründung:

Das Projekt Bertramsplatz wurde in den politischen Gremien der Stadt mehrfach behandelt. Auf die verschiedenen Vorlagen zur Finanzierung, Planung und Trägerschaft wird verwiesen.

Nachdem der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen die Verwaltung in seiner Sitzung am 28.05.2002 beauftragt hat, mit dem Stadtjugendring Siegen e. V. über die Trägerschaft der neuen Einrichtung zu verhandeln, lege ich nunmehr die entsprechenden Vertragsentwürfe zur Beschlussfassung vor.

Bestandteil des Leistungsvertrages ist auch das mit Jugendlichen im „Blue- Box“ – Projekt erarbeitete Arbeitskonzept, einschließlich dem Beteiligungsmodell.

Zu dem Personalgestellungsvertrag wurde das erforderliche Beteiligungsverfahren mit dem Personalrat gemäß LPVG durchgeführt.

Anlagen:

- Leistungsvertrag
- Personalgestellungsvertrag
- Leihvertrag
- Arbeitskonzept / Beteiligungsmodell
- Leistungsbeschreibung

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
66.800 €	66.800 €			<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
---	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Werner Rohr
Stadtrat

Anlagen: 5

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Frau Heiden

Datum
27.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

11.12.2002

Betreff:

Bericht „Offene Kinder- und Jugendarbeit“

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Bericht „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Der Bericht zur offenen Kinder- und Jugendarbeit in Siegen fußt auf unterschiedlichen Daten. Die Informationen aus den Interviews mit den Leitern von Einrichtungen in freier Trägerschaft flossen ein, um die Arbeits- und Wirkungsbedingungen innerhalb der Angebote zu erhellen. Gleiches wurde für die städtischen Jugendhäuser über deren Einzelkonzeptionen, der Gesamtkonzeption und Mitarbeitergesprächen erarbeitet. Als weiterer Informationsträger wurde die Einwohnermeldedatei (31.12.01) und die Datenbank zur Siegener Jugendstudie 2001 genutzt. Sowohl qualitative als auch quantitative Angaben sind also Grundlage dieses Berichts.

Der Bericht wurde mit der PG § 80 und der AG § 78 „offene Kinder- und Jugendarbeit / Jugend und Freizeit“ abgestimmt“. Die Definition von offener Kinder- und Jugendarbeit, die im JHA zur Abstimmung kommen wird, wurde in der AG erarbeitet und dort wurde diskutiert, welche Angebote freier Träger zur Zeit offene Arbeit betreiben bzw. die notwendigen Ansätze zeigen, um ihr Angebot zu einem offenen Angebot weiter zu entwickeln. Diese Angebote wurden im Bericht aufgenommen und beschrieben.

Die Quintessenz der Untersuchung bezieht sich zum einen auf die Ausbreitung offener Kinder- und Jugendarbeit, zum anderen auf bestimmte Notwendigkeiten, die für Kinder- und Jugendliche zu leisten sind.

Das Angebot offener Kinder- und Jugendarbeit in Siegen verteilt sich sehr ungleich. Während einige Stadtteile gut versorgt sind, sind andere Stadtteile schlecht versorgt.

Am dringendsten erscheint der Bedarf für Jugendliche in Weidenau und der Bedarf für Kinder- und Jugendliche in Niederschelden – etwas weniger drängende Zahlen finden sich in dem Stadtteil Kaan-Marienborn, der aber dennoch nicht in Vergessenheit geraten sollte. Zudem gibt es in sämtlichen Randbezirken des Stadtgebietes keine offenen Angebote, die für die Kinder und Jugendlichen in erreichbarer Nähe liegen. Da der Anteil der Kinder und Jugendlichen in den städtischen Randbezirken jedoch deutlich niedriger liegt als in Weidenau und Niederschelden, ist in diesen beiden Ortsteilen - nach übereinstimmender Meinung mit der AG § 78 „offene Kinder- und Jugendarbeit / Jugend und Freizeit“ - hier die Priorität zu legen. Fakt ist zudem, dass der Bedarf für offene Kinder- und Jugendarbeit in den eher dörflich geprägten Bezirken weniger hoch ist als in den städtischen Gebieten, wie z.B. der Weidenauer „Waldsiedlung“.

Es muss erwähnt werden, dass der Bedarf in Weidenau keine neue Erkenntnis ist, sondern lediglich bestätigt wurde. Entsprechende Bemühungen (Stichwort: Leoschule) verliefen bisher leider nicht positiv – trotzdem sind die Mitglieder der Stadtteilkonferenz Weidenau nach wie vor darum bemüht, offene Angebote für Jugendliche einzurichten.

Die unterversorgten Stadtteile sollten bei der Entscheidung über zukünftig zu verteilende Fördergelder unbedingt Berücksichtigung finden.

Unter offener Kinder- und Jugendarbeit versteht man Angebote von Einrichtungen, die grundsätzlich abgelöst von einem Vereinszweck Kindern und Jugendlichen offen stehen und Gelegenheit zum Mitmachen bieten. Die angebotenen entwicklungsfördernden Freizeitbeschäftigungen, sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen. Seit vielen Jahren gehören zum Angebot der Jugendtreffs auch Aktivitäten, die auf Kommunikationsfähigkeit, Sozialverhalten, und Integration abzielen oder den Bereich der Berufsorientierung fokussieren und häufig in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie dem Arbeitsamt, den Schulen und vielen anderen geplant, organisiert und durchgeführt worden sind. So effektiv die Arbeit jedoch ist, wachsen beständig Kinder und Jugendliche nach, die gerade im Bereich der Interaktionskompetenzen immer größere Mängel aufweisen und bezüglich der Berufsfindung immer hilfloser werden.

Fehlende Interaktionskompetenzen wie Sprachvermögen, Kommunikationsfähigkeit und Sozialverhalten finden sich zum einen bei Kindern und Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund. Die Ursache liegt aber nicht allein darin begründet, dass in den Familien kein Deutsch gesprochen wird und die Kinder daher nur Türkisch, Russisch oder eine andere Sprache sprechen. Vielmehr verhält es sich oft so, dass in den Familien – besonders von Mutter und Vater – weder die eine noch die andere Sprache ausreichend beherrscht wird. Ohne die Kenntnisse zumindest einer Grammatik können nur schwer andere Sprachen gelernt werden bzw. kann ohne Sprache generell nur schwer gelernt werden. Unsere Kommunikationsfähigkeit beruht auf Sprache, damit auch das Vermögen, Konflikte harmonisch zu lösen. Soziales Verhalten im positiven Sinne wie Verständnis oder Akzeptanz kann sich ohne Sprache und Kommunikationsvermögen nicht entwickeln. Nicht nur die MitarbeiterInnen der offenen Arbeit stellen hier starke Defizite, auch LehrerInnen und andere Menschen, die beruflich oder ehrenamtlich mit Kindern und Jugendlichen umgehen, bestätigen diese Beobachtung.

Die Berufsorientierung spielt vor allem für Jugendliche eine große Rolle – besonders in einer Zeit, in der Lehrstellenknappheit herrscht und die Anforderungen der Ausbilder von den Fähigkeiten der Bewerber auseinander driften. Es ist für die Jugendli-

chen nicht nur wichtig Berufsbilder möglichst genau zu kennen, damit sie einen Ausbildungsplatz finden, der ihren Fähigkeiten weitgehend entspricht. Ebenso bedeutsam ist es für die Jugendlichen, von alternativen Ausbildungsmöglichkeiten und von weiteren Bildungswegen zu erfahren, die ihnen neue oder andere Chancen eröffnen.

Angebote, Maßnahmen und Projekte, die im Rahmen offener Arbeit im Bereich der Sprachförderung und der Berufsorientierung angestrebt werden, verdienen daher zukünftig besondere Unterstützung. Es versteht sich fast von selbst, dass entsprechende Aktivitäten in Zusammenarbeit mit den relevanten Institutionen geschehen muss.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Dr. Raimund Jung / Axel Roth

Datum
28.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

12.11.2002

Betreff:

Förderung von Einrichtungs-, Bau- und Renovierungsmaßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit freier Träger der Jugendhilfe

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, die Förderrichtlinien in der als Anlage beigefügten Fassung zu ändern.

Sachverhalt / Begründung:

Die Stadt Siegen fördert Einrichtungs-, Bau- und Renovierungsmaßnahmen für Räume der Kinder- und Jugendarbeit Freier Träger der Jugendhilfe. Dazu stehen im Vermögenshaushalt derzeit jährliche Mittel in Höhe von € 25.000,- zur Verfügung.

Aufgrund der vertraglichen Vereinbarung werden die Förderanträge durch den Stadtjugendring Siegen auf der Grundlage der Förderrichtlinien des Jugendamtes bearbeitet. Anträge bis zu einer Zuschusssumme von € 2500,- werden durch die Gremien des Stadtjugendrings beschlossen. Darüber hinaus gehende Anträge werden durch den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Stadtjugendrings beschlossen.

Die Richtlinien wurden zuletzt durch Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 04.09.2001 geändert, da sich immer wieder die Problematik ergab, dass große Baumaßnahmen das gesamte Fördervolumen beanspruchten und zum Teil über mehrere Jahre blockierten. Darüber hinaus gibt es in der Abwicklung der Anträge immer wieder starke zeitliche Verzögerungen. So liegt z. B. zur Zeit ein Antrag vor, der im Jahr 2000 mit 49.500 DM Zuschusssumme bewilligt wurde, der aber bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht zur Abrechnung gekommen ist, da die Mittel mangels Baufortschritt nicht abgerufen wurden. Zudem werden Baumaßnahmen von Sportvereinen parallel auch aus Mitteln des Fachbereichs 4/3 – Sport, Bäder – bezuschusst.

Derzeit sind durch Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses und des Stadtjugendring Siegen e.V. € 82.347,83 gebunden, die noch abzuarbeiten sind.

Die vorgeschlagene Änderung der Richtlinien hat folgende Intention:

- Beschränkung der Förderhöchstgrenze auf € 2500,- pro Jahr / Träger, um eine breitere Verteilung der verfügbaren Mittel zu ermöglichen
- Zielgenaue Förderung von Jugendräumen gegenüber mehrfach genutzten Räumlichkeiten
- Beschleunigung des Verfahrens durch Minimierung des Verwaltungsaufwands

Auch der Stadtjugendring Siegen e.V. hat sich auf seiner Klausurtagung am 25./26.10.2002 für eine entsprechende Veränderung der Richtlinien ausgesprochen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit 25.000,00 €	Haushaltsstelle 1.460.9880.0
--	-----------------------------------	-------------------------------	--	------------------------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 2

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Dr. Raimund Jung/Axel Roth

Datum
31.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

11.12.2002

Betreff:

**Förderung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in
der Stadt Siegen
hier: Förderrichtlinien**

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt die „Richtlinien der Stadt Siegen zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Einrichtungen“.

Sachverhalt / Begründung:

- 2.1 Für die Förderung von Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden dem Jugendamt jährlich Mittel aus dem Landesjugendplan bereitgestellt.

Entsprechend den Richtlinien zum Landesjugendplan muss die Gesamthöhe der Mittel für die freien Träger im Jugendamtsbezirk mindestens dem prozentualen Anteil entsprechen, den diese Mittel am 31. Dezember 1998 an der Förderung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe hatte. Zudem muss mindestens das Zweifache der Landesmittel für die Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit aus Mittel des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aufgebracht werden.

Über die Aufteilung dieser Mittel entscheidet der Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Arbeitskreises Jugend und Freizeit gem. § 78 KJHG (vergl. dazu die diesjährigen Beratungen in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Siegen am 02.07.2002 – Vorlage 2022/2002 vom 05.06.2002 -).

Wie bereits angekündigt, hat der AK gem. § 78 KJHG Jugend und Freizeit, angelehnt an den „Wirksamkeitsdialog“ nach dem Landesjugendplan und im

Kontext der laufenden Jugendhilfeplanung „Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Stadt Siegen“, verbindliche Richtlinien zur künftigen Aufteilung der zur Verfügung stehenden Mittel ab dem Jahr 2003 erarbeitet.

Nach Abschluss seiner umfangreichen Beratungen empfiehlt der AK gem. § 78 dem Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen die nunmehr vorliegenden Richtlinien (siehe Anlage) zur Beschlussfassung.

Die Richtlinien beinhalten als Kernpunkte

- eine qualitative Definition von „offener Arbeit in Einrichtungen“
- qualitative und quantitative Mindestanforderungen (z.B. Qualifikation, Ausstattung, Öffnungszeiten, Zugänglichkeit)
- eine zeitbefristete Vorrangigkeit bislang geförderter Einrichtungen aus Gründen der Kontinuität und Planungssicherheit
- eine Staffelung bei der Berechnung der jeweiligen Förderbeiträge

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 1